Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 99 (2005)
Heft: 4

Artikel: Zur Bekämpfung der Armut in der Schweiz
Autor: Knöpfel, Carlo
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-144510

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Carlo Knöpfel

Zur Bekämpfung der Armut in der Schweiz

Dieser Beitrag ergänzt und erweitert das NW-Gespräch mit Carlo Knöpfel im letzten Februarheft. Der Text gibt das Referat wieder, das der Leiter des Bereichs Grundlagen der Caritas Schweiz am Abschiedsseminar für Max Keller in der Paulus-Akademie gehalten hat. Gleich zu Beginn betonte Carlo Knöpfel «eine wichtige Gemeinsamkeit zwischen dem gesellschaftspolitischen Engagement der Paulus-Akademie» unter Max Kellers Leitung «und der Grundlagenarbeit von Caritas Schweiz»: «Beide konzentrieren sich auf wenige Kernthemen und bleiben über Jahre an den einmal gesetzten Schwerpunkten dran, statt sich dem Zeitgeist auszuliefern und von einem In-Thema zum anderen zu springen, ohne sich wirkliche Kompetenzen anzueignen.» Der Schwerpunkt, an dem Caritas Schweiz seit Jahren arbeitet, betrifft die «working poor». Das Referat zeigt, wie Bildung und Gesundheit soziale Fragen sind. Selbst die Wahl des Wohnortes kann armutsgefährdend sein. *Red.*

Working poor kratzen am Mythos Schweiz

«Unser» Thema an der Fachstelle Sozialpolitik des Bereichs Grundlagen bei Caritas Schweiz befindet sich in der Schnittfläche zwischen den sozialen Feldern Arbeit und Armut: die *working poor*. Als *working poor* bezeichnen wir alle Menschen, die in einem Haushalt leben, in dem die Erwachsenen einer Erwerbstätigkeit nachgehen, das Haushaltseinkommen aber unter der Armutsgrenze liegt. In dieser Situation leben mehr als 500 000 Menschen in der Schweiz, darunter über 230 000 Kinder.

Als wir begannen, dieses Thema in den Vordergrund der sozialpolitischen Debatte zu rücken, konnten wir eine interessante Reaktion feststellen. Ohne dass dies uns wirklich bewusst war, kratzten wir an einem *schweizerischen Mythos:* Es kann doch nicht sein, dass Familien in der Schweiz arm sind, obwohl der Vater eine Vollzeitstelle hat und die Mutter auch noch teilzeitlich erwerbstätig ist. Ganz offensichtlich war und ist wohl noch immer in den Köpfen vieler das Bild dominant, wonach mit armen Menschen entweder etwas nicht stimmt oder sie ganz schlicht zu faul sind, um für ihren Lebensunterhalt aufzukommen. Die *working poor* zeigen aber, dass dieses Bild falsch ist. Selbst der Direktor des Arbeitgeberverbandes spricht von einer Schande für unser Land.

Ich gehe davon aus, dass hier noch immer der zentrale Ansatzpunkt für eine Debatte liegt, wie *working poor* geholfen werden kann, aus dieser prekären Lebenslage herauszufinden oder, besser noch, erst gar nicht hineinzugeraten.

Drei Thesen zu einer Neuorientierung der Sozialpolitik

Seit unserer ersten Publikation zum Thema in der zweiten Hälfte der Neunziger Jahre haben wir uns in weiteren Studien und Diskussionspapieren mit verschiedenen Aspekten dieser sozialen Problematik vertieft auseinandergesetzt.

Ich möchte drei dieser Studien als Ausgangspunkte wählen, um ein paar grundsätzliche Anmerkungen zu einer Neuorientierung der Sozialpolitik zu machen, die sich zum Ziel setzt, die Zahl der armutsbetroffenen Menschen in der Schweiz zu verkleinern. Meinen Überlegungen möchte ich drei Thesen voranstellen.

• *These 1: Die sozialpolitische Debatte über die Armut in der Schweiz wird noch immer zu statisch geführt.*

Wir sind zu sehr dem Vergleich zwischen Arm und Reich verhaftet und stellen zu wenig Überlegungen an, wie *Armut vermieden* werden kann. Die Sozialpolitik muss sich darum von Querschnittsanalysen lösen und dynamisiert werden. Sie muss lernen, in Lebensläufen zu denken und sich wieder viel stärker mit den Möglichkeiten der Prävention auseinandersetzen. Ein möglicher Ort, wo dies getan werden könnte, ist die *Bildungspolitik*.

• *These 2: Die sozialpolitische Debatte über die Armut in der Schweiz nimmt das Lebenslagenkonzept als Handlungsorientierung zu wenig ernst.*

Wir sind zu stark auf die Frage nach der Verbesserung des *Einkommens* armutsbetroffener Menschen konzentriert und vergessen andere soziale Felder, in denen auch eine Verbesserung der *Lebensqualität* erreicht werden könnte. Dabei wissen wir nur zu genau, dass Armut mehr ist als ein Mangel an Einkommen. Menschen, die in Armut leben müssen, haben prekäre Arbeitsverhältnisse, wohnen oft in beengten Räumen, haben gesundheitliche Probleme, müssen mit Konflikten in den familiären Beziehungen kämpfen und ziehen sich sehr oft aus den sozialen Netzen zurück. Es ist darum notwendig, vermehrt aus der Perspektive der Lebenslage Sozialpolitik zu betreiben. Wir müssen uns aus dem beengenden Feld der Sozialpolitik hinausbewegen und unsere Themen, unsere Analysen, unsere Forderungen in andere Politikbereiche hineintragen. Denn diese anderen Politikbereiche bieten neue Handlungsfelder, neue strategische Allianzen für eine dynamische Sozialpolitik, die auch präventive Ziele der Armutsvermeidung verfolgen will. Zum Beispiel die *Gesundheitspolitik*.

• *These 3: Die sozialpolitische Zuständigkeit zur Existenzsicherung armer Menschen kann auf Dauer nicht mehr bei den Kommunen und Kantonen verbleiben.*

Die Kommunen und Kantone sind zunehmend sowohl in quantitativer wie qualitativer Hinsicht mit dieser Aufgabe überfordert. Die ungebremst steigenden Fallzahlen zeigen, dass es sich nicht mehr einfach um individuelle Notlagen handelt, sondern um die Folgen eines *gesellschaftlichen Strukturwandels,* den weder die Kantone noch gar die Gemeinden beeinflussen können. Unter dem Druck der finanziellen Schieflage wird die Praxis in den Kommunen und Kantonen immer ungleicher und tangiert inzwischen den Grundsatz der Nichtdiskriminierung und das Willkürverbot. Es ist an der Zeit, die Frage aufzuwerfen, ob nicht der *Bund für die materielle Existenzsicherung in der Schweiz verantwortlich* erklärt werden soll. Das Risiko zu verarmen muss auf nationaler Ebene aufgefangen werden.

Armutsrisiko Nummer eins: geringe Bildung

Wenn wir über Armut nachdenken, dann machen wir das sehr oft im Vergleich. Wir untersuchen die sozio-ökonomischen Merkmale von armutsbetroffenen Menschen im Vergleich zu jenen, die nicht arm sind, wir zählen die Haushalte, die ein Einkommen unter der Armutsgrenze haben, und berechnen daraus die Armutsquote auf der Basis aller Haushalte. Schliesslich leiten wir aus diesen Querschnittsvergleichen sozialpolitische Forderungen ab, die in der Regel in Forderungen nach einer besseren materiellen Unterstützung armutsbetroffener Haushalte münden. So diskutieren wir aktuell über eine national vereinheitlich-

te *Kinderzulage,* über *Ergänzungsleistungen* für armutsbetroffene Familien und die *steuerliche Befreiung des Existenzminimums.* Das ist alles sicher richtig und wichtig.

Aber verbleiben wir damit letztlich nicht auch in einer *Bewältigungsstrategie,* die einsetzt, wenn das Problem bereits ein Ausmass angenommen hat, dass es politisch nicht mehr übergangen werden kann? Handelt es sich hier nicht – um im ökologischen Jargon zu sprechen – um end-of-pipe-Lösungen?

Ich möchte darum anregen, diese sozialpolitische Strategie mit einer Strategie zu ergänzen, die sich an den *Lebensläufen von Menschen* orientiert und sich zum Ziel setzt, Armut möglichst erst gar nicht entstehen zu lassen.

In unserer Studie «Armutsrisiko Nummer eins: geringe Bildung», die meine Mitarbeiterin *Jeannine Volken* erarbeitet hat, zeigen wir auf, dass ein enger Zusammenhang zwischen Bildung und Armutsrisiko besteht. Wer sich in frühen Jahren wenig Bildung aneignen kann, der trägt für den Rest seines Lebens ein hohes Risiko, zu den Armen zu gehören. Wir weisen darauf hin, dass gerade das *schweizerische Bildungswesen* noch immer sehr *ständisch* strukturiert ist, dass also trotz aller Reformen es bis heute nicht so ist, dass alle jungen Menschen unbesehen ihrer sozialen Herkunft die gleichen Bildungschancen haben. So stammen zum Beispiel nur knapp 6 Prozent aller Studierenden aus einem Elternhaushalt mit Grundschulausbildung, während 33 Prozent aus einer Familie kommen, in denen die Eltern selber schon einen Hochschulabschluss aufweisen können. Aktuelle Tendenzen im Bildungsbereich – etwa die Diskussion über höhere Ausbildungsgebühren, die Kürzungen bei den Stipendienfonds oder die sogenannte Bologna-Reform werden die soziale Segmentierung noch weiter verstärken.

Wir schlagen darum in dieser Untersuchung vor, dass Kinder *früher eingeschult* werden, dass ihnen eine *gute Tagesbetreuung* geboten wird, in der sie unter ihresgleichen die Hausaufgaben machen und einen Teil ihrer Freizeit verbringen können, und dass eine *Rahmengesetzgebung für Ausbildungsbeihilfen* formuliert wird.

Nach der schulischen und beruflichen Ausbildung folgt eine zweite kritische Lebensphase, die noch einmal entscheidend Einfluss auf den weiteren Verlauf einer «Armutskarriere» hat: der *Übergang von der Ausbildung in das Berufsleben.* Nicht erst seit kurzem zeigt es sich, dass eine wachsende Zahl junger Menschen mit einer geringen Bildung grosse Schwierigkeiten hat, einen ersten erfolgreichen Schritt in den Arbeitsmarkt zu vollziehen. Sie bleiben in prekären Arbeitsverhältnissen hängen. Dies mag eine kurze Zeit gut gehen, aber sobald die Zeit der Familiengründung kommt, zeigt es sich, dass die materielle Basis zu eng und spätestens dann der Gang zum Sozialamt nicht mehr zu vermeiden ist.

So aber wird der Prozess der «sozialen Vererbung» der Lebenslagen von einer Generation zur nächsten weitergetragen. Wer also Armut dauerhaft vermeiden will, muss sich über frühzeitige Interventionen im Bildungsbereich Gedanken machen und seine knappen Mittel auf diese kritische Phase im Lebenslauf fokussieren. *Bildung ist eine soziale Frage!*

Arme sterben früher!

«Jeder ist für seine Gesundheit in erster Linie selber verantwortlich.» Dieser Grundsatz wurde 1982 in die Baselbieter Verfassung aufgenommen. Damit bringt sie eine gesundheitspolitische Vorstellung zum Ausdruck, die vielerorts anzutreffen ist. Man ist *selber schuld,* wenn man krank wird, weil man sich dann ganz offensichtlich nicht an die Empfehlungen der Präventivmedizin gehalten hat. Das heisst aber auch, dass das persönliche Gesundheitsverhalten frei wählbar ist. Der nächste Schritt zu einer entspre-

chenden Gesundheitspolitik ist dann bereits vorgezeichnet: Wer sein Gesundheitsverhalten nicht den üblichen Regeln anpassen möchte, schädigt nicht nur seine eigene Gesundheit vorsätzlich, sondern verursacht auch erhebliche – und unnötige – Kosten für die Solidargemeinschaft der Sozialversicherten und ist darum mit *höheren Krankenkassenprämien* zu belasten.

Diese *individualistische Sicht* auf Krankheit und Gesundheit von Menschen ist im Spiegel zahlreicher Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen der sozialen Position von Menschen und ihrer Gesundheit nicht länger haltbar. «Arme sterben früher!» So lautet der provokative, aber leider zutreffende Befund einer Übersichtsstudie, die meine Mitarbeiterin *Gabriela Künzler* über den Zusammenhang von sozialer Schichtzugehörigkeit und Lebenserwartung verfasst hat. Als Fazit dieser Zusammenfassung steht fest: Je kürzer die Ausbildung, je geringfügiger die berufliche Qualifikation und je tiefer das Erwerbseinkommen einer Person ist, desto höher ist das Risiko, krank und invalid zu werden und früher zu sterben. Die Differenzen in der Lebenserwartung zwischen Menschen aus unteren und oberen sozialen Schichten bewegen sich in der gleichen Grössenordnung wie jene zwischen den Geschlechtern. Sie liegen zwischen vier und sechs Jahren.

Wir haben dieses Diskussionspapier kurz vor der Debatte publiziert, die Bundesrat *Pascal Couchepin* mit seiner Forderung nach einem *Rentenalter 67 für alle* lancierte. Er wollte damit die Forderung nach einer sozialen Abfederung des flexiblen Rentenalters in der AHV desavouieren. So wichtig die darauf folgende Diskussion war, die ja deutlich zeigte, dass die Wirtschaft gar kein Interesse daran hat, dass wir alle noch zwei Jahre länger arbeiten, so sehr blieben wir damit erneut in einer Auseinandersetzung «end-of-pipe» verhaftet.

Zuwenig wurde die Frage gestellt, warum Menschen aus unteren Schichten ein deutlich höheres Risiko haben, schwer zu erkranken, invalid zu werden und früher zu sterben als Menschen aus der Mittel- und der Oberschicht. Entsprechende Forschungsresultate zeigen deutlich, dass die *schichtspezifischen Arbeits- und Lebensbedingungen* und nicht irgendwelche genetischen Dispositionen oder soziokulturellen Spezifika für diesen Sachverhalt verantwortlich sind. Es sind die sozialen Faktoren, die in hohem Masse die Gesundheit von Menschen beeinflussen. *Gesundheit ist eine soziale Frage!* Oder wie es die Arbeitslosenzeitung *surprise* formulierte: «Der Sensemann ist käuflich!»

Weiten Kreisen im Gesundheitswesen sind diese Zusammenhänge noch immer eher fremd. Erst langsam wächst das Interesse an den sozialen Faktoren der Gesundheit und gewinnen Vertreterinnen und Vertreter einer sozialen Medizin, die sich in Diagnose und Therapie mit den arbeits- und lebensweltlichen Ursachen von Erkrankungen auseinandersetzen, an Boden. Das Bundesamt für Gesundheit oder die Schweizerische Vereinigung für Gesundheitspolitik haben inzwischen ein grosses Interesse an solchen Fragen signalisiert. Bis allerdings ein Arzt *Schuldensanierungen statt Beruhigungsmittel* «verschreibt», wird wohl noch geraume Zeit vergehen.

Im Gesundheitswesen wird inzwischen aber zumindest realisiert, dass mit Kampagnen zur *Verhaltensprävention* gerade die Gesundheit von Menschen aus unteren Schichten nicht verbessert werden kann, wenn nicht auch Massnahmen zur *Verhältnisprävention* erfolgen. Solche Massnahmen beinhalten nicht nur Einkommensverbesserungen, sondern sie zielen auch auf Verbesserungen der allgemeinen Arbeitsverhältnisse, der Wohnverhältnisse, der Naherholungsmöglichkeiten, der sozialen Integration.

Sie sehen: Schon heute finden wir im Gesundheitswesen Partner, mit denen wir *strategische Allianzen* in der präven-

tiven Sozialpolitik zur Reduktion der Armut eingehen können. Aber dazu müssen auch wir uns aus unserem angestammten sozialen Feld hinaus bewegen.

Armut hängt vom Wohnort ab!

Braucht es ein *Bundesrahmengesetz zur Existenzsicherung* in der Schweiz? Diese Frage beschäftigt die Sozialpolitik seit einigen Jahren. Sie hat verschiedene Ursprünge. Der eine ist sicher die *unterschiedliche Auslegung der Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe.* Immer mehr Kantone und Gemeinden haben nicht nur ihre materiellen Leistungen unter die Empfehlungen der SKOS gesenkt. Auch der Grad der Professionalisierung, das Spektrum der Angebote für eine soziale und berufliche Integration und die sozialarbeiterische Praxis in den Sozialämtern unterscheidet sich in erheblichem Ausmass von Gemeinde zu Gemeinde, von Kanton zu Kanton. Die Auseinandersetzung um die aktuelle Revision der Richtlinien lässt zudem wenig Gutes für die Zukunft hoffen. Die Debatte um die «richtigen» Leistungsansätze und die «richtigen Anreize» wird in einer Heftigkeit geführt, die zu grösster Besorgnis Anlass gibt. Für manche können die Verschärfungen nicht weit genug gehen, um die Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger endlich dazu zu bringen, sich aus den Statistiken der Sozialämter zu entfernen...

Ein anderer Ursprung der Diskussion über eine nationalstaatliche Regelung ist die Untersuchung *«Existenzsicherung im Föderalismus der Schweiz»,* die ich im Auftrag der SKOS leiten durfte. In dieser Studie ging es nicht um die Sozialhilfe, sondern um die der Sozialhilfe vorgelagerten Massnahmen der Kantone.

Die Untersuchung arbeitet mit *drei Falltypen:* Falltyp 1 beschreibt eine alleinerziehende Frau mit einem Kind, Falltyp 2 eine Familie mit zwei Kindern und Falltyp 3 einen alleinstehenden Mann mit Alimentenverpflichtungen. Bei allen Falltypen orientieren sich die angenommenen Erwerbseinkommen an den branchenüblichen Löhnen im Niedriglohnbereich. Auch die Forderung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes: «Kein Lohn unter 3000 Franken!» wird erfüllt. Es wird davon ausgegangen, dass Erwerbseinkommen in dieser Höhe – zusammen mit Transferleistungen – die Existenz der verschiedenen Haushaltstypen ganz knapp zu sichern vermögen.

In einem zweiten Schritt haben wir dann die Falltypen in die *26 Kantonshauptorte* «verpflanzt» und ihr verfügbares Einkommen berechnet. Dabei wurden die Steuern, die Mieten, die Krankenkassenprämien, die Ausgaben für die familienergänzende Kinderbetreuung und die Alimente gleichermassen berücksichtigt wie die Familien- und Kinderzulagen, die Alimentenbevorschussung oder die Verbilligung der Krankenkassenprämien.

Die Resultate sind kaum zu glauben. Die Differenzen zwischen den Kantonshauptorten treten in aller Deutlichkeit zu Tage. Die *alleinerziehende Frau* kann im besten Fall ein verfügbares Jahreseinkommen von *36 290 Franken* erreichen, im schlechtesten Fall beläuft sich dieser Betrag auf *14 531 Franken.* Das macht eine jährliche Differenz von 21 759 Franken. Verglichen mit dem angenommenen jährlichen Erwerbseinkommen von 40 300 ist dies ein massiver Unterschied. Im besten Fall verbleiben der Frau *90% des Ausgangseinkommens*, im schlechtesten Fall *36%*.

Die *Familie mit zwei Kindern* verfügt im maximalen Fall über *82%* des Ausgangseinkommens und im minimalen Fall über *51%*. Beim *alleinstehenden Mann mit Alimentenverpflichtungen* liegt die Spannweite zwischen 41 und 27 Prozent.

Die Berechnung zeigt, dass in einigen Kantonshauptorten das verfügbare Einkommen unter die Armutsgrenze zu liegen kommt und die entsprechenden Haushalte zu den working poor zu zählen sind. Die vorliegende Studie kann nachweisen, dass die *Wahl des Wohnor-*

tes einen unmittelbaren Einfluss auf das verfügbare Einkommen eines armutsgefährdeten Haushaltes hat, Armut also auch vom Wohnort abhängt.

Selbst der *Föderalismus ist eine soziale Frage.* Ist es weiterhin richtig, dass die Kantone oder gar die Kommunen für die Existenzsicherung zuständig bleiben? Müssen wir damit nicht nur die wachsenden Schwierigkeiten in der Sozialhilfe, sondern auch die enormen Differenzen bei den – der Sozialhilfe vorgelagerten – kantonalen Sozialtransfers als Ausdruck unseres Föderalismus in Kauf nehmen?

Wenn die *Probleme dort gelöst* werden sollen, *wo sie entstehen,* wie kann dann die Existenzsicherung bei den Gemeinden und Kantonen angesiedelt werden? Können sie etwas gegen die hohe und andauernde Arbeitslosigkeit unternehmen, können sie das Ausmass der working poor in eigener Kompetenz verringern, können sie etwas gegen die steigenden Krankenkassenprämien tun, können sie die Wirtschaft auf einen sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklungspfad bringen?

Was auf nationaler Ebene als soziales Risiko angesehen wird, was darum in einer *obligatorischen Sozialversicherung* aufgefangen wird, das ist weder wissenschaftlich bestimmbar noch für alle Zeiten festgeschrieben. Die Einführung von obligatorischen Sozialversicherungen war und ist Ergebnis gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse, die auf soziale Entwicklungen – mit entsprechender zeitlicher Verzögerung – reagieren. Ich bin der Meinung, dass wir dringlich eine Debatte darüber brauchen, dass das Risiko der Verarmung heute nicht einfach mehr als individuelle und womöglich noch kurze und schnell vorübergehende Notlage angesehen werden kann, sondern Ausdruck eines gesellschaftlichen Wandels ist. Darum plädiere ich dafür, Wege zu suchen, wie *Armut zu einem sozialen Risiko erklärt* werden kann, das in gleicher Weise wie das Risiko, zu verunfallen, zu erkranken oder arbeitslos zu werden, *auf nationaler Ebene reguliert* werden kann. Das Ausmass an Armut ist zu gross geworden, als dass wir dieses soziale Problem weiterhin den Kantonen und Gemeinden überlassen können.

Engagierte Gelassenheit

Wer sich wie ich seit vielen Jahren mit der Armutsproblematik auseinandersetzt, muss sich *vor Ohnmachtsgefühlen schützen.* Obwohl – oder gerade weil sich die soziale Misere weiter verschärft, sind kaum noch materielle Verbesserungen zu erreichen. In dieser Situation plädiere ich für eine strategische Neuausrichtung der Sozialpolitik, die sich der armutsbetroffenen Menschen annehmen will. Das Gewicht muss wieder stärker auf präventive Massnahmen verlagert werden, zum Beispiel in der Bildungspolitik. Wir brauchen neue strategische Allianzen mit Akteuren aus anderen Politikbereichen, zum Beispiel aus der Gesundheitspolitik. Und wir brauchen eine ernsthafte Debatte über die Frage, wer in Zukunft für Existenzsicherung und Integration politisch in diesem Land verantwortlich sein soll. Ich plädiere hier für einen nationalen Lösungsansatz. Das Ganze wird nicht über Nacht zu realisieren sein. Da braucht es einen langen Atem.

Und so bin ich am Ende meines Referates vielleicht noch einmal auf eine Gemeinsamkeit zwischen *Paulus-Akademie und Caritas* gestossen. Um diese Arbeit über Jahre machen zu können, ist eines angesagt: engagierte Gelassenheit! •

Literaturhinweise

Volken Jeannine Silja, Knöpfel Carlo, Armutsrisiko Nummer eins: geringe Bildung. Was wir über Armutskarrieren in der Schweiz wissen, Caritas-Verlag, Luzern 2004

Künzler Gabriela, Knöpfel Carlo, Arme sterben früher! Soziale Schicht, Mortalität und Rentenalterspolitik in der Schweiz, Caritas-Verlag, Luzern 2002

Wyss Kurt, Knupfer Caroline, Existenzsicherung im Föderalismus der Schweiz. Schlussbericht. SKOS, Bern 2003